L-02-003 Berliner Sonne – die Energie der Zukunft

Antragsteller*in: Julie Steinen, Manuela Semmler, Sebastian Walter, Jacob Fels, Tabea Schoch, Manuela Gabriel, Jana Friedrichsen, Wolfgang Höckh (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 3 bis 11 löschen:
~~Die Folgen des Klimawandels mit all seinen Facetten spüren wir auch in Berlin: Der letzte Sommer war einer der heißesten Sommer, die wir je hatten mit einer Dürreperiode, die Menschen, Tieren und Pflanzen in der Stadt zu schaffen gemacht hat. Dazwischen haben wir zunehmend mit Starkregenereignissen zu kämpfen, die unsere Abwassersysteme immer wieder vor neuen Herausforderungen stellen. Trotzdem gehören Winter mit strengem Frost noch lange nicht der Vergangenheit an. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir solche Extremwetterlagen immer häufiger erleben werden. Spätestens jetzt muss allen klar sein: Wir müssen dringend umsteuern, wenn wir noch eine Chance haben wollen, den Klimawandel zu bremsen. Dafür müssen wir radikal umdenken.~~

Begründung

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Die enge Fokussierung auf die Klimafolgen für Berlin im einführenden Absatz des Leitantrages wird dem nicht gerecht. Zudem sind andere Regionen der Welt wesentlich stärker vom Klimawandel betroffen als Deutschland oder Berlin. Es gilt, mit diesen solidarisch zu sein und gemeinsam gegen den Klimawandel zu kämpfen. Dabei hat Berlin als urbaner Raum eine besondere Verantwortung und wichtige Rolle – unabhängig davon, wie sehr die Stadt selbst von den Auswirkungen betroffen ist. Die Formulierung, dass Berlin den Klimawandel mit „all seinen Facetten“ zu spüren bekommt, ist zudem nicht korrekt und hinsichtlich der Herausforderungen, denen sich zum Beispiel Inselstaaten durch den Anstieg des Meeresspiegels stellen müssen, ist sie fast verharmlosend oder doch zumindest problematisch.

Zudem ist die aktuelle Fassung des L-02 sehr lang und könnte durch eine Straffung und Fokussierung auf das Thema „Ausbau der Sonnenenergie in Berlin“ gewinnen. Dass der Ausbau der Erneuerbaren ein wichtiger Beitrag für die Energiewende und damit für die Eindämmung des weltweiten Klimawandels ist, sollte außerdem bei den GRÜNEN als Konsens vorausgesetzt werden können.

Die Einleitung – im aktuellen Wortlaut – sollte daher gestrichen werden.

Diese Begründung gilt auch für den Änderungsantrag zum nachfolgenden Absatz.